

Kräfte des deutschen Volkes. Diese Kräfte waren und sind im Westen unserer Heimat genau vorhanden wie im Osten. Sie brauchen zu ihrer Kräftigung und Entfaltung die Unterstützung aller demokratischen Menschen. Im Osten Deutschlands erhielten sie diese Unterstützung und Ermutigung in reichem Maße durch die große sozialistische Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder.“

Die Gewißheit, daß diese Kräfte in dem großen Friedenslager vorhanden sind, gibt uns die Überzeugung, daß dann, „wenn die Völker die Sache der Erhaltung des Friedens in ihre eigenen Hände nehmen und ihn bis zum äußersten verteidigen“, der Frieden erhalten und gesichert werden wird.

Josef Streit

Zahlungs- und Handelsverkehr mit Einschluß sämtlicher geltenden Bestimmungen des Devisenrechts der Deutschen Demokratischen Republik und Groß-Berlins, Deutscher Zentralverlag, Berlin 1952, 280 Seiten.

Auf dem Gebiete des Zahlungs- und Handelsverkehrs einschließlich des Devisenrechts fehlte es bis jetzt an einer Zusammenfassung der geltenden Bestimmungen; diese Lücke ist nun geschlossen. Zu begrüßen ist insbesondere, daß der Verlag neben den Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik auch jeweils die entsprechenden Verordnungen Groß-Berlins (demokratischer Sektor) zum Abdruck brachte.

Aufnahme in die Sammlung fanden die gesetzlichen Bestimmungen über den innerdeutschen Handel und Warenverkehr, die Vorschriften über den Geldverkehr innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik und Groß-Berlins, ferner die sehr wichtigen Bestimmungen des innerdeutschen Zahlungsverkehrs (Ost-Westverkehr) mit ihren Durchführungsbestimmungen und Richtlinien. Der letzte Hauptteil befaßt sich mit dem eigentlichen Devisenrecht der Deutschen Demokratischen Republik und Groß-Berlins. So wurden die Berliner Devisenordnung und die entsprechenden einzelnen gesetzlichen Bestimmungen, die in der Deutschen Demokratischen Republik gelten, abgedruckt.

Das Werk hat ein handliches Format (Din A 6); das Aufsuchen der einzelnen Bestimmungen wird durch ein Sachregister erleichtert. Dem Praktiker wird diese Zusammenstellung ein brauchbares Hilfsmittel bei seiner täglichen Arbeit sein.

Dr. Stiebens.

Zeitschriften

Arbeit und Sozialfürsorge Nr. 11: G. Schaum: Zur Verordnung über die Wahrung der Rechte der Werktätigen; G. Strube: Alle Kraft für den Abschluß der Betriebskollektivverträge; K. Wohlfeld: Popularisierung der Verordnung zum Schutze der Arbeitskraft; R. Schlegel: Bericht über die 2. Arbeitsrechtskonferenz; U. Käpernick: Klärung von Urlaubsfragen (Schluß); N. Drjagin: über die Arbeit des Rates der Sozialbevollmächtigten in der Sowjetunion; R. Habermann: Beschäftigung von Strafgefangenen. **Nr. 12:** R. Chwalek: Schluß mit der Unterschätzung des Arbeitsschutzes; H. Düffert: Verwirklicht das Landarbeiterschutzgesetz; R. Schlegel: Ordnung zur Regelung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten; H. Paul: Zur Frage der Kündigung von Schwerbeschädigten und VdN; Diskussionsbeitrag zu § 10 Abs. 4 der 1. Durchführungsbestimmung zu § 28 des Gesetzes der Arbeit; H. Fischer: Über die Invalidenrenten für Kriegsbeschädigte; Prof. Dr. Schlomka: Grundsätzliches zur Frage entschädigungspflichtiger Berufskrankheiten.

Demokratischer Aufbau Nr. 6: Dr. K. Fabian: Die Nationalausschüsse organisieren den Aufbau der CSR; H. Andrä: Die Betriebe der örtlichen volkseigenen Industrie gehören in die Hand der Gemeinden; R. Schafz: Der Aktenplan und seine Bedeutung für die staatlichen Organe; Rechtsträgerwechsel; Maßnahmen der öffentlichen Gewalt; Anwendung des § 266 StGB bei Verbrechen gegen volkseigene Betriebe. **Nur in Ausgabe A:** M. Richter: Die Aufgaben der ständigen Kommissionen in den Stadtbezirken der Großstädte; H. Kühn: Geplante Wohnraumlentung; W. Mäding: Neue Wege zur Erfüllung der Investitionspläne; Berichterstattungen müssen gründlich vorbereitet werden; Ausübung der Grundrechte — grober Ungehorsam?; H. Bode: Die Verordnung zum Schutze der Arbeitskraft. **Nur in Ausgabe B:** Kontrolliert die Durchführung der Gesetze; Wird die Pachtschutzverordnung aufgehoben?; K. Graf: Die Bearbeitung von Beschwerden in einer Abteilung für Erfassung und Aufkauf.

Die Volkspolizei Nr. 11: Günther: Die Aufgaben der Volkspolizei bei der Durchführung von Großveranstaltungen und Sonderaktionen; E. Weber: Unsere Wachheiten müssen zu Erziehungsstätten des Patriotismus und einer eisernen Disziplin werden; Kleine/Feuerstein: Auch der Scheck wird zu illegalem Zahlungsverkehr mißbraucht; H. Dreier: Verschiedene Dienstzweige halfen einen Buntmetall Dieb fassen; Weidlich/Wesenberg: Zwischenbericht; Wer ist nach § 346 StGB „jemand“? **Nr. 12:** K.-H. Beyer: Auch im Paß- und Meldewesen wird sich, ein neuer Arbeitsstil durchsetzen; O. Jankwitz: Mehr Sorgfalt bei der Auswahl von Schülern für die Zentralschulen der Volkspolizei; H. Wurbs: Die verlustlose Ein-

bringung der Friedensernte steht unter dem Schutz der Volkspolizei; R. Wirth: Sorgt für eine wirksame Bekämpfung der Fahrraddiebstähle; Weidlich/Grosche: Die Personenfahndung; H. Dreier: S-Bahn-Marder erhielten hohe Zuchthausstrafen; Tadewossjan: Die Staatsanwaltschaft in den Ländern der Volksdemokratie; A. Cepicka: Wachsamkeit und Verteidigungsfähigkeit sichern den Frieden.

Deutsche Finanzwirtschaft Nr. 8: P. Frenzei: Die Kontrollfunktion der Deutschen Notenbank in -der Praxis; J. Konopka: Betrachtungen zur Klassifizierung der Einnahmen des Staatshaushaltes der Volksrepublik Polen; K.-H. Kind: Umlaufmittelfonds und das Ergebnis im Finanzplan Industrie 1952; K. Kunze/J. Dube: Einführung der Methode Losinski in der Verwaltung; H. Fengler: Die Aufgaben der Haushalts- und Finanzausschüsse; M. Böttcher: Die Anwendbarkeit der Wirtschaftsverordnung auf Steuervergehen; R. Bechmann: Die Altguthaben-Ablösungsanleihe; H. Schmidt: Betrachtungen zur Entwicklung der Haftpflichtversicherung in Ost und West.

Nr. 9: 40 Prozent des westdeutschen Steueraufkommens für die amerikanischen Kriegsvorbereitungen; Bürokratische Kreditpolitik der Deutschen Notenbank; F. Moshack: Die Aufgaben der Finanzverwaltung bei der Vorbereitung und dem Abschluß des Betriebskollektivvertrages 1952; Prof. N. N. Rowinski: Das Haushaltssystem der UdSSR; K. Lehmann: Die neuen Funktionen des Aufsichtsrates des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften; Dr. H. Bredenbreucker: Die Revision der VdGB (BHG) und die Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung; Dr. W. Stier: Die haushaltsmäßige Behandlung der kommunalen betrieblichen Einrichtungen; F. Michalewski: Die Entwicklung der Inflation in der Epoche des Imperialismus und der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Nr. 10: G. Schomburg: Englands Weg in die Dollarknechtschaft; E. Linick: Frankreichs wirtschaftlicher Abstieg; F. Walter: Lehren aus der verspäteten Aufstellung des Haushaltsplanes 1952; Die neue Staatsanleihe der UdSSR; N. Owtshinnikow: Wie die Staatsbank der UdSSR den Betrieben bei der Senkung der Selbstkosten hilft; H. Günther: Problem Einheitssteuer in der Landwirtschaft; Die Zusammensetzung der Umlaufmittel; Dr. Wilfried Stier: Die steuerliche Behandlung der kommunalen betrieblichen Einrichtungen; W. Heinicke: Die Deutsche Notenbank verbessert ihr Kreditplanungs- und bearbeitungs-; W. Franke: Das Gesetz über die Versicherung der volkseigenen Betriebe unter Berücksichtigung der Dritten Durchführungsbestimmung. **Nr. 11:** Die Rüstungs- und Inflationskonjunktur und die Zahlungsbilanzen der kapitalistischen Staaten; Prof. Dr. Bögelack: Der volkseigene Betrieb als juristische Person; K. Fischer: Der Kontrollaus-

schuß im volkseigenen Betrieb — wichtigstes Kontrollinstrument; Rechtsträgerwechsel rechtzeitig vorbereiten!; G. Kusmin: Die Festigung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der tschechoslowakischen Industrie; E. König: Zur notwendigen Reform der Besteuerung der VEW; Dr. Hofmann/Dr. Tiefze/W. Lorenz/R. Knoblich: Die Sicherungsüber-eignung und die Möglichkeiten ihrer Vereinfachung; H. Sachse: Behandlung uneinbringlicher Forderungen; H. Fischer: Fragen zur Abführung der Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge einschließlich Unfallumlage von kontoführungspflichtigen Lohnschuldern; G. Nagel: Mehrjährige Verträge in der freiwilligen Sachversicherung. **Nr. 12:** Dr. H. Loch: Der Haushaltsplan der Deutschen Demokratischen Republik für 1952; W. Georgino: Noch einige Bemerkungen zum Haushaltsplan 1952; W. Rumpf: Die Erfüllung des Staatshaushaltsplanes 1951; E. Klapproth: Zur Reform der Verbrauchsbesteuerung; G. Sonntag/H. Milker: Wie lange soll ein Überplangewinn, dem VEB verbleiben?; H.-G. Rischke: Koordinierung der Kontrollmaßnahmen der Abgabenverwaltung; Dr. K. Kaiser: Die Funktionen des Abgabenstrafrechts in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung; R. Bechmann: Die Möglichkeit nachträglicher Umwertung von Uraltguthaben in der Deutschen Demokratischen Republik und das neue westdeutsche Währungsausgleichsgesetz für Umsiedler.

Dieser Nummer liegt ein Prospekt „Das Recht des Volkseigentums“ bei, auf den wir unsere Leser besonders aufmerksam machen möchten. Es handelt sich um eine Neuerscheinung in Form einer „Lose-Blattsammlung“, die ein unentbehrliches Hilfsmittel nicht nur für den Juristen, sondern auch für den Funktionär in der Verwaltung und für alle sein wird, deren Beruf die Verwaltung und Nutzbarmachung von Volkseigentum ist.

Die Redaktion bittet bei Einsendungen von Beiträgen für die „Neue Justiz“ darauf zu achten, daß die Manuskripte nur einseitig und zweizeilig beschrieben und mit ausreichendem Redigierungsrand versehen sind.

Herausgeber: Das Ministerium der Justiz, das Oberste Gericht, der Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik. — **Verlag:** (4) Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernsprecher: Sammel-Nr. 67 64 11. Postscheckkonto: 1400 25. **Chefredakteur:** Dr. Hans Nathan, Berlin NW 7, Clara-Zetkin-Str. 93, Fernspr.: 22 02 01, App. 1605, 1611 u 1617. — **Erscheint monatlich einmal.** — **Bezugspreis:** Einzelheft 1,80 DM, Vierteljahresabonnement 5,52 DM einschl. Zustellgebühr. In Postzeitungsliste eingetragen. — **Bestellungen** über die Postämter, den Buchhandel oder beim Verlag. Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt. — **Anzeigenannahme:** Dewagwerbung, Deutsche Werbe- und Anzeigen-Gesellschaft mbH., Berlin C 2, Oberwallstr. 20. Fernsprecher: 52 14 40. Telegrammanschrift: Dewagfiliale Berlin, Postscheckkonto: Berlin 14 56. Veröffentlicht unter der Lizenznummer 1001 des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. **Druck:** (87/16) MDV Druckhaus Michaelkirchstraße — 1866/49.